

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Postgebühren monatlich 4.— M., bei Zustellung unter Straßband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Informate haben die achtseitige, Temporettelgröße oder deren Raum 120 Mill., Wortanzahligen das „eingedruckte Wort 20 P., jedes weitere Wort 25 P., Leerzeilen je 10 Prozent. Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inrats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Umbildung des Reichstabinetts.

Seit einigen Tagen finden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Demokraten statt, die den Eintritt der Demokraten in die Regierung bezwecken. Es ist wahrscheinlich, daß einige Demokraten in das Reichskabinett eintreten werden. Die endgültige Entscheidung soll im Laufe des heutigen Tages, spätestens aber morgen fallen.

Die baltischen Friedensverhandlungen mit Rußland.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Kopenhagen, 24. September.

Das Moskauer Radio meldet, daß die estnische Delegation die Voraussetzungen der Besprechungen mit den Delegierten Sowjetrußlands bis zur Klärung der Stellung Lettlands, Litauens und Estlands in dieser Frage suchte. Die estnische Delegation kehrte am 19. September nach Reval zurück. Das Moskauer Radio meldet, daß die erste Moskauer Besprechung am 17. September stattfand. Nach der Begrüßungsrede des Sowjetdelegierten Krasin, antwortete der estnische Delegierte Sirl und hob den Verteidigungscharakter des Kampfes hervor. Darauf erfolgte die Prüfung der Beschlüsse. Das Protokoll ist russisch und estnisch aufzunehmen. Die Beschlüsse der Delegation Estlands richteten nur zur Erklärung hin, daß Estland keine Separatverträge unterzeichnen werde. Die Verhandlungen trugen größtenteils informativsten Charakter.

Die nächste Konferenz der Ostseestaaten findet in Reval am 8. September statt. Ihre Aufgabe ist der weitere Ausbau der Unterteilung. sowie wichtige, wahrscheinlich endgültige Beschlüsse betreffend das Friedensangebot Sowjetrußlands.

Das Organ des Bauernbundes „Baltija Gome“ schreibt in einem Leitartikel, daß das Baltische Meer und die Bewässerung bisher monatelang energische Hilfe von Seiten der Alliierten hinsichtlich der Räumung Westpreußens durch die Deutschen erwartet haben. Die Entente müsse bald in dieser Frage einen energischen Willen zeigen, sonst werde die Bewässerung durch die Umstände gefährdet sein, sonst werde die Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Sowjetrußland zu verlangen, um selbst Schritte gegen die unentzerrliche Willkür, die Verwüstungen und Zerstörungen der deutsch-russischen Reaktion in Ostland zu unternehmen.

Zunehmende Spannung im Baltikum.

Kopenhagen, 26. September.

„Botanek“ meldet, daß in den letzten Tagen in Litauen größere Truppenbewegungen, welche monarchistisch gefärbt sind und Teile der demobilisierten deutschen Truppe aus Deutschland zu sehen sind. Die Offiziere gestehen offen die Absicht, in Westpreußen und Litauen Divisionen aufzustellen, um eine Gegenrevolution in Deutschland zu inszenieren.

Die lettische Regierung schickte allen Zivil- und Militärbehörden in Westpreußen, ihre Tätigkeit fortzusetzen und die Eigenmächtigkeit des deutschen Militärs nicht zu dulden. Einige litauische Truppen werden, daß das Ultimatum der Entente die höchsten Gegenstände zwischen dem russischen und deutschen Militär noch verschärft habe. In den Ostpreußen sind in Litauen Wachposten aufgestellt und starke deutsche Artilleriepositionen und Artillerie ziehen dominant durch die Straßen, welche für Privatpersonen nur mit Ausweisen passierbar sind. Unlängst ist eine Versammlung gegen den russischen Oberst Vermont aufgedeckt worden, worauf dreizehn Personen erschossen wurden.

Clemenceau über den Friedensvertrag.

Versailles, 20. September.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer ergriff in Fortsetzung der Ratifizierungsdebatte Ministerpräsident Clemenceau das Wort. Er verwahrte sich zuerst gegen den Vorwurf, der ihm am Tage vorher gemacht wurde, die Debatte über den Friedensvertrag verzögert und unnötig verlängert zu haben. Nachdem einige seiner Kollegen nunmehr gesprochen, so habe er der Kammer und in Anbetracht der beharrenden Resolutionen auch dem Lande die erforderlichen Aufklärungen geben wollen. Er habe gesagt, durch den Krieg sei eine Revolution entstanden. Er stimme dem zu. Der Friedensvertrag, der Deutschland abgeschlossen worden sei, leite diese Revolution ein; dem Friedensvertrage könne nachherhin nichts mehr hinzugefügt werden, wie kann ein anderer Ver-

trag. Er habe Frankreich die beiden entzerrten Provinzen wiedergegeben. Das sei schon etwas, und wenn jemand nur das allein Frankreich gebracht hätte, mit welcher Freude wäre er aufgenommen worden!

Er gebe zu, daß ihm die Diskussion in der französischen Kammer manche Unvollkommenheiten des Vertrages gezeigt hätte, die er vorher nicht gekannt habe. Es gebe aber auch andere Unvollkommenheiten, von denen man selbstverständlich nicht gesprochen habe.

Man habe vor einigen Tagen behauptet, daß man früher Konventionen abgeschlossen hätte, die den Eintritt Englands in den Krieg automatisch sichergestellt hätten. Der Außenminister Pichon habe das schon demutet. Er wolle nun heute den Beweis liefern, wie weit entfernt England von den Gedanken gewesen wäre, die Frankreich beherrscht hätten. Clemenceau verliest den bekannten Brief Sir Edward Greys an den englischen Botschafter in Paris vom 22. November 1912. In dem Briefem Brief um seinen Inhalt habe keine andere Abmachung bestanden. Es hätten also militärische Konventionen bestanden, die die Regierung nicht beabsichtigten, und am 1. August 1914 habe der König von England erklärt, daß sein Land nicht geneigt sei, in den Kampf einzutreten. Drei Tage später allerdings, als die Deutschen in Belgien eingeschritten seien, habe sich die Lage geändert und englische Truppen seien in Calais gelandet worden. Er sage das, um deutlich zu machen, daß der Weltzustand der französischen Alliierten nicht notwendigerweise der gleiche sei, wie der Frankreichs.

Versailles, 26. September.

Aus der Hochrechnung über Clemenceaus Kammerrede sind noch folgende Sätze hervorgehoben: Clemenceau erklärte, die militärischen Sicherheiten des Friedensvertrages für Frankreich nicht besonders betonen zu wollen, möchte aber darauf aufmerksam, daß der Völkerverbund noch nicht über Streitkräfte verfüge. Nachher würde er sich weigern, auch nur einen Mann herzugeben, um etwa Deutschland gegen Polen zu schützen.

Frankreich habe jetzt eine gute Grenze; hätte man sie bis an den Rhein vorgeschoben, so würde man dort deutsche Gebiete vor und hinter sich haben.

Sozialistische Proteste gegen die französische Intervention.

Versailles, 26. September.

In der heutigen Vormittagssitzung der französischen Kammer wurde über die provisorischen Budgetkredite verhandelt. Bei diesem Anlaß brachen die Sozialdemokraten die Frage der Unterstützung von Denikin und Koltschak zur Sprache. Ernest Lafont sagte, Denikin habe den Präsidenten der Nationalversammlung von Rußland ermorden lassen. Außerdem, wo er durchgehe, würden die Dörfer niedergebrannt und die Bevölkerung entvölkert. Der Minister des Auswärtigen Pichon sagte, über die Ausgaben in Rußland könne er keine Angaben machen; es gebe gemeinsame Ausgaben mit England und gemeinsame Ausgaben mit Amerika und schließlich Ausgaben, die Frankreich allein bestreite. Pichon sagte, am 1. November werde es keine französischen Soldaten mehr in Rußland geben. Im Augenblick unterhalte Frankreich in Ostpreußen 600 Soldaten, die gemeinsam mit einem Bataillon von Ustschakovskis die Transsibirische Eisenbahn bewachen. Die Kosten für diese Truppen werde die tschechoslowakische Republik Frankreich zurückzahlen. Koltschak und Denikin hätten kein Geld von Frankreich erhalten, wohl aber Munition und Kriegsmaterial. Wenn Frankreich die Elodee Rußlands aufrechtzuerhalten, so betreffe es damit, daß es die Absicht habe, die Sowjetregierung mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Versailles, 27. September.

Der Friedensauschuß der Kammer wird morgen nachmittags um 3 Uhr dem Beschlusse der Abgeordneten Andre Defebvre beraten, der lautet:

Die Kammer ersucht die Regierung Verhandlungen mit den Signatarmächten des Vertrages von Versailles einzuleiten, um einen Zusatz zum Friedensvertrag anzunehmen, der die Entwaffnung Deutschlands und seiner Kolonien effektiv mache durch das Verbot gewisser Kriegsinstrumente und durch jede notwendig erscheinende Maßnahme.

Die „Bonjour“ behauptet, werde Clemenceau diese Tagesordnung bekämpfen, andere, Defebvre, sich aber auch mit einem Kompromiß zufrieden geben. Es scheint, daß Clemenceau heute vormittags mit dem Vorsitzenden des Friedensauschusses Dignani über diese Angelegenheit unterredet habe, und daß Dignani die Verantwortung des Ausschusses auf sich zu nehmen werde. Defebvre habe behauptet, daß er Dinge gesagt habe wie kann ein anderer Ver-

Aus den Geheimnissen der Schutzhaft.

Von Dr. Siegfried Weinberg.

Trotzdem nach richtiger Auffassung mit der alten Verfassung auch die „Rechtsinstitutionen“ des Belagerungszustandes und der Schutzhaft in den Ortus befördert sind, hat sich bekanntlich das Reichsmilitärgericht auf den Standpunkt gestellt, daß die Institution der Schutzhaft nach weiterhin zu Recht besteht. Diese Tatsache zwingt uns, dieser alten Frage erneut unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ein besonderes Glanzstück der gesetzlichen Regelung der Schutzhaft ist die Tatsache, daß sich das Prozeßverfahren über die Verurteilung der Schutzhaft hinter den verschlossenen Türen des Reichsmilitärgerichts abspielt. Das geschieht mit gutem Grunde, denn bei diesen Verhandlungen ergeben sich derartig haarsträubende Einzelheiten, daß ein allgemeiner Sturm der Empörung ausbrechen würde, wenn die Verhandlungen in voller Öffentlichkeit geführt würden. Diese Einzelheiten sind derartig interessant, daß ich es geradezu als meine Pflicht empfinde, von demjenigen, was ich in letzter Zeit in Schutzhaftfachen berührt erzieht, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. Um dem Einwaude zu begegnen, daß es sich hierbei um Mißgriffe handle, die in der Vergangenheit besonders ereignisreicher Zeiten begangen seien, wähle ich im folgenden nur Fälle, die in der allerletzten Woche zur Verhandlung gekommen sind. Es handelt sich hierbei um Verhaftungen, die im Juni dieses Jahres, also in verhältnismäßig ruhiger Zeit, vorgenommen sind.

In der letzten Woche standen vor dem Schutzhaftsenat des Reichsmilitärgerichts neun verschiedene Schutzhaftfälle zur Entscheidung. Trotzdem das Reichsmilitärgericht, wie ich im folgenden zeigen werde, einer durchaus reaktionären, freiheitsfeindlichen Rechtsprechung huldigt, sah es sich doch genötigt, in 6 von diesen Fällen die Haft glatt aufzuheben; zwei andere Fälle verfielen der Verurteilung, während in einem einzigen Falle die Haft — meines Erachtens selbst nach dem Schutzhaftgesetz zu Unrecht — aufrecht erhalten wurde. Also nur in einem einzigen Falle reichte das vom Oberkommando geschaffte Material aus, um den Haftbefehl zu bestätigen! Schon diese Tatsache zeigt, in wie skandalöser Weise die militärischen Behörden die Einrichtung der Schutzhaft mißbrauchen. Da sich am Reichsmilitärgericht die Praxis herausgebildet hat, daß die Haftbestimmungen erst etwa drei Monate nach der Einlegung zur Verhandlung kommen, so bedeuten diese ungerechtfertigten Verhaftungen im besten Falle eine dreimonatliche ungesetzliche Freiheitsberaubung. Die Schuld an dieser Verzögerung trifft weniger das Reichsmilitärgericht, als die militärischen Kommandostellen, die systematisch die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts dadurch verzögern, daß sie die vom Gericht verlangten „Beweismittel“ erst nach Ablauf von vielen Wochen seit der Verhaftung dem Gericht bekannt geben.

Zur Verhängung der Schutzhaft gegen einen völlig unbescholtenen Staatsbürger genügt die Aufnahme in die sogenannte „Liste A“ auf Grund irgendeiner blassen Denunziation. Derartige „Liste A“ werden von der Nachrichtenabteilung der preussischen Regierung, vom Generalkommando Ostpreußen und vom Garde-Rab.-Schützen-Korps geführt. Naturgemäß hatte das Reichsmilitärgericht, ehe es diese Prohibitivliste seiner Entscheidung zugrunde legen wollte, den berechtigten Wunsch, vom Oberkommando zu erfahren, nach welchen Umständen und auf Grund welcher Feststellungen denn nun eigentlich diese Personen „Liste A“ aufgestellt werden. Nach mehrfachen vergeblichen Ansfragen kam dann schließlich der folgende lakonische Bescheid des Oberkommandos: „Die Liste A ist ein Verzeichnis solcher Personen, die nach den vorliegenden Berichten zur Inhaftnahme in Frage kommen.“

Ein derartiger Bescheid liest sich geradezu wie eine Verhöhnung des Gerichts. Er zeigt nur Genüge, daß die Quellen, aus denen die militärischen Stellen ihre Informationen beziehen, so dunkel sind, daß sie sich der Wiederholung entziehen. Daß dem so ist, zeigt von der Tatsache, daß in einer der letzten Verhandlungen vor dem Reichsmilitärgericht einigere Betankung der aus dem Notizenbuch-Verfahren und dem Beobachtungsprotokoll fassigen bekannte Polizei-Spindel Roland gewesen ist. Die Angaben dieses Individuums, das bekanntlich als agent provocateur den ersten Zug bewaffnet zur Besetzung des „Borns“ am 5. Januar formiert hat, daß während der letzten vier Quartalswochen die Wohnungen der Berliner Lehnung, als sie die Gebäude ohne Zutun der räumen wollten, im Nachhinein aufgedeckt, das während dieser

Kaufte auf eigene Faust Schreibmaschinen bei Bürgenstein
„Kaufte auf eigene Faust Schreibmaschinen bei Bürgenstein
„Kaufte auf eigene Faust Schreibmaschinen bei Bürgenstein

Aus den Akten dieses Falles war festzustellen, daß Herr
Roland heute wohlbestallter Beamter des
Berliner Polizeipräsidiums ist. Wie im roten
Soldatenbundsprozesse und im Ledebourprozesse verstand er
es auch hier, sich der für Leute seines Schlages recht un-
bequemen Zeugenpflicht zu entziehen. Nur um dieses klaffenden
Zeugens habhaft zu werden, mußte die Verhandlung im ersten
Termin verlagert und die Haft des betr. Schubhäftlings grund-
los verlängert werden! Derbesu klaffend ist es, wie die
einzelnen Abteilungen der Berliner Polizei die Verantwortung
für jenen Herrn auf andere Abteilungen abhoben. Die
Militärbehörde hatte ihn als Angestellten der Abteilung I
bekannt. Dort wurde er geladen. Als er nicht erschien,
kam auf Anfrage an das Gericht der polizeiliche Vorbehalt,
Roland sei jetzt bei Abteilung II. Auch dort blieb die Ladung
erfolglos, weil er angeblich nunmehr nach Abteilung III
versetzt war. Ein Telegramm, das der Senatpräsident an
den Polizeipräsidenten Herrn Eugen Ernst adressiert ab-
sandte, damit dieser seinen Schilling zum Erscheinen vor Ge-
richt veranlasse, blieb ohne Antwort und ohne Wirkung,
so daß das Gericht schließlich einmah, daß alle Bemühungen,
dieses Kronzeugen des Oberkommandos habhaft zu werden,
vergeblich seien. Natürlich mußte auf Aufhebung des
Haftbefehls erkannt werden. Der Vermögensstand
soll dem Häftling nach dem Spruch des Reichsmilitärgerichts
vom Reich erbetet werden. Die geraubten drei Monate seines
Lebens kann ihm niemand wiedergeben.

Auch in einem anderen der letztverhandelten Schubhaf-
fälle gelang es, den Schleier von dem Geheimnis ein wenig
zu lüften, mit dem das Oberkommando seine Gewöhren-
männer umgibt. Ein unbestrafter Ehrenmann, Vater von
zehn unmündigen Kindern, nimmt aus reiner Nächstenliebe
seinen verkommenen Stiefbruder in seinem Hause auf. Da
dieser die Liebe damit lobt, daß er sich den Tag über ar-
beitslos im Bett herumtreibt und dann nachts auf Bettel-
fahrten ausgeht, sieht sich sein Bruder im Interesse seiner
Kinder gezwungen, ihn aus seinen Räumen zu weisen. Der
dunkle Ehrenmann hat nun nichts Eiligeres zu tun, als
seinen Wohlthäter als „Spartakisten“ zu denunzieren. Grund
genug, ihn in Haft zu nehmen. Zur Verhandlung erscheint
der vorgeladene Kronzeuge natürlich nicht. Die Entschei-
dung in diesem Falle ist übrigens ein Beweis dafür, wie
schief es wäre, aus der Tatsache, daß das Reichsmilitärgericht
die Wehrzahl der Schubhäftlinge aufzuheben gezwungen ist,
den Schluß zu ziehen, daß seine Rechtsprechung eine freiheit-
liche wäre. Die Tatsache, daß der Häftling, neben harm-
losen Zeitungen, wie den „Berliner Lokalanzeiger“ auch ein
kommunistisches Blatt vertrieb, genügt, um den Schubhaf-
befehl aufrecht zu erhalten und eine Frau und zehn un-
mündige Kinder ihres Ernährers auch weiterhin zu berauben.
Begründet wurde die Aufrechterhaltung des Haftbefehls auch
damit, daß dieser prächtige Mann aus der Haft heraus Briefe
an den Kriegsgerichtsrat und an seine Frau geschrieben hat,
in denen er bekannte, daß er erst durch die ihm angetane
Unbill zum wirklichen Revolutionär geworden sei und in
Zukunft alles daran setzen werde, derartige Willkürakte zu
verhüten. Aus diesen Briefen spreche eine solche Nachsicht,
daß seine Freilassung eine Gefahr für die Sicherheit des
Reiches darstelle, so bedauerte der Schubhäftling. Welch
herrliche Logik! Erst treibt man einen Mann durch willkür-
liche Freiheitsberaubung zur Verzweiflung und dann hält
man ihn in Haft, weil man seine Rache fürchtet. Zu seiner
Verteidigung wies der Mann darauf hin, daß ihm dieser
revolutionäre Haß gegen Willkür vom jetzigen Reichsprä-
sidenten Ebert und vom Reichswehrminister Roske, der den
Haftbefehl unterzeichnet hatte, gelehrt worden seien, als diese
noch Sozialisten waren.

In einem anderen Falle war der Häftling, gleichfalls
ein völlig unbestrafter, kriegsbeschädigter Mann, von einem
anonym gebliebenen Spitzel denunziert worden, daß er in
einer kommunistischen Versammlung in Weizensee am

30. Mai aufstehende Reden gehalten habe. Durch einen
glücklichen Zufall konnte in der Verhandlung, die jetzt endlich
nach dreimonatlicher Haft stattfand, der Beweis erbracht wer-
den, daß der Betroffene an jenem Abend ganz wo anders
einer harmlosen Zusammenkunft gewesen war, also an jener
Versammlung gar nicht teilgenommen haben konnte. Auch
hier mußte der Haftbefehl natürlich aufgehoben werden.

Ein anderer der in letzter Woche verhandelten Fälle
würde, wenn er nicht so traurig wäre, geradezu den Gipfel-
punkt der Komik darstellen. Der wie fast alle Schubhäftlinge
völlig unbestrafter Mann war im Kriege durch einen Bol-
tweiser verwundet und hat als Folge hiervon eine so schwere
Verwundung erlitten, daß er in der Verhandlung
keinen Satz zusammenhängend sprechen konnte. Gegen die-
sen Mann war am 28. Juni ein Schubhäftbefehl ergangen
mit der geradezu als Verurteilung seiner Kriegsbeschädigung
wirkenden Begründung, daß er — Wanderredner der
kommunistischen Partei sei! Diese Behauptung
schien nach der ganzen Sachlage selbst dem Reichsmilitär-
gericht so grotesk, daß es die Schubhaft ohne weiteres auf-
hob. Von den vier seitens des Oberkommandos benannten
„Belastungszeugen“ kannte ein Teil den Häftling überhaupt
nicht, während die anderen von ihm weiter nichts anzufagen
wußten, als daß er ein ordentlicher, arbeitsamer Mann ist,
dessen politische Gesinnung ihnen völlig unbekannt sei.

Ein anderer Häftling, dessen Fall in den letzten Tagen
bereits durch die Presse bekannt geworden ist, bewarb sich
in einem Geschäft um eine Stellung als Hausdiener, da er, aus
langjähriger Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, arbeitslos
war. Da in den Räumen des Geschäfts gerade eine Haus-
suchung nach kommunistischen Schriften stattfand, wurde er
polizeilich festgenommen und in Schubhaft genommen. Natür-
lich mußte auch hier mangels irgendwelcher Beweismaterials
der Haftbefehl aufgehoben und dem Fiskus die Entschädi-
gung auferlegt werden.

Wieder ein anderer Mann wird in Haft genommen
unter der Beschuldigung, daß er mit seiner Tätigkeit als
Reisenotograph die Agitation für die kommunistische Partei
verbinde. Das Oberkommando gibt hierfür zwei Zeugnis an,
der eine derselben kennt den Häftling überhaupt nicht; auch
dem anderen ist seine politische Gesinnung völlig unbekannt.
In den Akten befindet sich der folgende geradezu klaffende
Spitzelbericht über den Häftling: „Er ist ein älterer
Mann, der seinem ganzen Gebaren nach, der
gewandten Art zu reden usw. den Eindruck
eines Parteifunktionärs macht.“

Ein Schlosser ist auf „Liste A“ und damit in Schubhaft
genommen auf Grund der Berichte eines Spitzels, von dem
in der Verhandlung festgestellt wurde, daß er sich als
agent provocateur betätigt hat und in kommunistischen
Versammlungen der lauteste Ruler zum Kampf gegen den
„Blut und Roste“ und die Regierung gewesen ist. Zwecks
Erhebung weiterer Beweise wurde diese Verhandlung ver-
zögert, was ja im Endeffekt einer Ablehnung der Beschwerde
fast gleichkommt.

Die Tatsache, daß ein Arbeiter namens Schröder auf
Grund bloßer Verwechslung mit dem Mitglied der Zentrale
der kommunistischen Partei Dr. Schröder drei Monate in
Schubhaft gehalten ist, ist bereits in der „Freiheit“ mit-
geteilt worden.

Um nicht in den Verdacht zu geraten, einige zufällige
Mißgriffe zur Diskreditierung eines so wichtigen Schüt-
tmittels unserer gegenwärtigen Regierung, wie die Schub-
haft, willkürlich herausgegriffen zu haben, habe ich mich im
Vorhergehenden darauf beschränkt, sämtliche in den beiden
letzten Sitzungen des Reichsmilitärgerichts am 15. und
18. September zur Entscheidung gelangten Fälle Neues
passieren zu lassen. Nur in einem einzigen Falle hat der
Schubhäftling die Haft aufrechterhalten, und zwar meines
Erachtens selbst nach dem reaktionären Befehl zu Unrecht.
In sämtlichen Fällen, die zur Aufhebung der Haft führten,
bis auf einen einzigen, ist die Entschädigungspflicht des
Fiskus anerkannt worden. In dem einen Falle ist die Ent-
schädigung verweigert worden, weil der Betroffene dadurch,
daß er sich im Besitze einer Reihe von Exemplaren einer kom-
munistischen Zeitung befunden hat, seine Haft selbst durch
grobe Fahrlässigkeit verschuldet habe!

In einem der geschilderten Fälle wurde die Entscheidung

merklich verzögert, weil erst zerkleinernde Feststellungen
 getroffen werden mußten, ob der Häftling die deutsche
Republikangehörigkeit besitzt. In der deutschen Republik
haben nämlich Ausländer keinerlei Mitspracherecht
gegen die Verhängung der Schubhaft!

Ich überlasse gewiß nicht die Macht der öffentlichen
Meinung. Ich bin dennoch überzeugt, daß ein Sturm
der Entrüstung die ganze Schubhäftlingsbewegung
wegfegen würde, wenn auch nur ein paar
Sitzungen des Schubhäftsenats beim Reichs-
militärgericht in vollster Öffentlichkeit
verhandelt würden.

Bergebliche Anreden.

Wie sich ein „Vorwärts“-Kuli eine Demokratie
mit der „Freiheit“ vorstellt. Wir haben festgestellt, daß der
„Vorwärts“ im Fall Reinhard die von ihm selbst an-
erkannte Pflicht, den Kampf gegen die monarchistische Reak-
tion zu führen, feig verneinlichigt hat, sobald es ihm
von Roske befohlen war. Er hat den begonnenen und an-
gekündigten Kampf plötzlich abgebrochen, er hat das neue
Reinhard-Interview seinen Lesern unterzogen und er
wollte sie beschwindeln, indem er ihnen einzureden versuchte,
die Klage gegen Reinhard sei überflüssig geworden. Reinhard
habe ja alles zugegeben. Als ob das Angehörige alles er-
ledigte und es nicht vielmehr auf die Konsequenzen an-
kämme, die daraus zu ziehen sind!

Wir haben diese Unterstellungen und Verdrehungen
festgestellt. Der „Vorwärts“ getraut sich nicht, seinen Lesern
auch nur ein Wort von unseren Anklagen mitzuteilen. Da-
gegen bringt er ein langes Geschwätz, worin er über die
schändlichen Feststellungen völlig schweigt. Der „Vorwärts“
knaift, unterschlägt, schweigt tot und macht diese systematische
Täuschung und Irreführung seiner Leser durch Schmeicheleien
zu verdecken. Daß eine solche Redaktionsführung selbst von
rechtsforlastlichen Arbeitern als Schande empfunden wird,
steht fest. Aber sie haben nichts zu sagen, der wirkliche Ge-
bieter in dieser Redaktion wie in der rechtssozialistischen Par-
tei ist ja Roske.

Aber der „Vorwärts“ kann nicht einmal schimpfen, ohne
zu lügen. Sein Geschwätz reduziert sich auf einen Angriff
gegen Genossen Stöjtinger, von dem die Redaktion sehr
genau weiß, daß er kein Redakteur der „Freiheit“ ist. Nun
verstehen wir ja den speziellen Haß der „Vorwärts“-Kuli
gegen Stöjtinger. Er hat sich aus einem Nationalisten, der
sich im Gegensatz zu manchen Individuen in der „Vorwärts“-
redaktion öffentlich nie nationalisiert betätigt hat, zu einem
Sozialisten gewandelt, im Gegensatz zu jenen, die sich aus
Sozialisten zu Nationalisten gewandelt haben.
Er ist nicht wie das ganze Treiben der „Vorwärts“-Kuli
im November zu den Rechtssozialisten gelaufen, um dort solche und
erfolgreiche Karriere zu machen, sondern zur Unabhängigen
Sozialdemokratie, wo es für Streber im Gegensatz zur rechts-
sozialistischen Partei nichts zu holen gibt. Daß das die
Rechtssozialisten, die durch das ungezügelte Karrierever-
halten nachgerade völlig forumpfindet werden, besonders auf-
regt, finden wir begreiflich. Aber die Dummdöpfe läten
wirklich besser daran, an für sie so heiße Themen nicht zu
rühren. Und damit es ganz deutlich gesagt wird: der Anteil
der Gesinnungsberührung darf es nicht wagen, über die
Gesinnung anderer irgendein Urteil abzugeben. In Fra-
gen der politischen Moral haben „Vorwärts“-
redakteure nicht mehr mitzureden.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so
beweist auch das der Fall Reinhard.

Wer ist der Stärkere? Eine demokratische Anfrage.

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt:
Wir haben es nach jeder der diesen militärischen Proba-
tionen immer wieder ausgesprochen, daß die politische
Siegehege zum allerwünschenswertesten Teile nur
den Arbeitergruppen und Sabelruten der monar-
chistischen Gegenrevolutionäre zu verdanken ist.

Zwei Bücher von Krieg und Menschenliebe.

Immer wieder sei auf das Buch des Dichters Leonhard Frank
„Der Mensch ist gut“ hingewiesen. Es ist jetzt in einer
Volksausgabe (Verlag Gustav Kiepenheuer, Leipzig) er-
schienen. Für drei Mark kann es jeder kaufen. Auch wer es als
ein bloßes, spannenb erzähltes Romanbuch zu lesen anfängt,
wird schließlich erschüttert sein von der alle Menschen sprengenden
Reinheit dieses Apfels in die Liebe und Menschlichkeit. Im
suchbarsten Geauen des Krieges, während des mörderischen
Tobens aller losgelassenen Bestien, im tiefen Tal der Lügen und
dunkelsten Verhängnisse rief hier eine helle Stimme den Auf-
stieg der Freiheit und der Liebe ins Land. In
Deutschland wurde diese Stimme durch die Henker des sozial-
sanctionierten Mordregimes erstickt. Nur heimlich konnte das
Buch aus der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt werden.
Jetzt sollte es als Volksbuch in jedem Hause, in jeder Schule
gelesen werden. In seiner sprachlichen Reife und in seiner
Höhe der Gesichte führt es bei aller Selbstanklage aus den Höl-
lenbildern der kriegerischen Verwüstung zu einer leuchtenden Vision
der Weltbrüderlichkeit. Das vergossene Blut von Mil-
lionen schreit mit feurigen Jungen zum Himmel. Der von einem
ekstatischen kleiner geführte Zug der Kriegskämpfer, Väter, leid-
durchdrabter Mütter, Frauen, Bräute, Schulkinder und Soldaten
mit der vorangetragen Leiche eines entsetzlich verstümmelten
Uniformierten ist eine wilde Anklage und ein letzter Schrei. Der
Name „Liebesnacht“ wird gehört. Das ganze dergewaltigte Best
steht auf: „Hingabe reißt die „Anbrütanen“ hoch ins Mensche-
tum. Leibensströmende Freiheitsliebe ordnen sich zu Liebes-
gefangen. In den Gefängen der Liebe pulst die Ekstase der Ver-
brüderung und Freiheit... Die Uniform-erschwindet. Ges-
chwindet aus der Welt.“

Was in Leonhard Franks Buch in schwellenden Akkorden auf-
klingt, das zieht sich wie eine gedämpfte Ekstase durch das jüngst
erschienenen Buch von Georges Duhamel „Leben der
Menschheit“ (Europäische Wäher, Verl. Max Rascher, Zürich).
Duhamel, einer der bedeutendsten Lyriker des jüngeren Frank-
reich, hat als Arzt den Krieg mitgemacht. Was er da sah, schil-
dert er in der schlichten Weise eines gütigen Beobachters. Mit durch-
dringendem Verstand kommt er den sanftesten wie den ab-
stehendsten und verärgeltesten Naturen nahe. Wie anders lesen
sich seine Aufzeichnungen als die in demselben Verlage erschienenen

und hier bereits gekennzeichneten Erlebnisse eines Schweizer
Arztes. Aus Duhamels Worten klingt das Leid, tönen die Wun-
den, die in den Lazaretten, den Schlachtfeldern, den Wehreg-
nissen gar nicht oder nur notdürftig geheilt werden konnten.
Wenn die Schiefer fallen, vor und nach der Operation, auf ihrem
Wend der Martyrien, lernen wir alle diese Menschen kennen, die so
unendlich leiden und doch so gern sich des Lebens freuen. Unter
welchen Qualen und übermenschlichen Anstrengungen mußte
Duhamel dort Tag und Nacht menschliche Knochen sägen und
Glieder abschneiden. In den unbeschreiblich wahnwitzigen Körper-
schmerzen und geistigen Verpeinungen der Kriegsschmerzerei Miß-
er als ein seltener Heilbringer voll Mitleid mit den Leidenden
seiner und ihrer Seele treu. Er erzählt, ohne das geringste zu
verändern, in aller Wahrhaftigkeit und bewundernswürdiger Ein-
sachtheit, die Geschichte von den Männern, ihren Schmerzen und
Schnapfern im Kriege. Keine Furcht ihres Gesichtes, keine ihrer
Knochen, kein Wobn ihres zerfetzten Fleisches ergeht ihm. Er
schreibt alles auf, mit einem Herzen, das nichts verzögert, ihre ein-
fachen Worte, ihre Schreie, die Zeugnis ihrer Hoffnung und den
Ausdruck ihrer Gesichte in der feierlichen Stunde, in der man
nicht mehr spricht. So sagt er, und keines ihrer Gespräche ist
ihm gleichgültig, alles soll teilhaben an der Geschichte der großen
Prüfung.

So entstand ein Buch der Schmerzen und des Trostes. Ueber
allen Sensationen ein Buch der stillen starken Menschlichkeit. Noch
im Höchlichsten und Niederdrückendsten befestigt. Ein Buch des Ab-
grundes, über dem sich ein neuer Himmel wölbt. E. B.

Christa, die Tante.

Das Lessingtheater ließ gestern einen Dichter zu
Worte kommen, auf den man seit seinem Dachstaben-Erleber-
Drama „Der Sturz des Apostels Paulus“ Hoffnungen setzte. In
seinem Drama „Christa, die Tante“ zeigte sich Hans Laußner
auch gestern, daß er ein Dichter ist. Mit leiser Hand rührt er an
bedeutungsvolle Dinge, die sonst verschwiegen, verhöhnt, oder grob ent-
stellt werden. Er wollte nicht nur das Drama der „alten Jung-
fer“ geben, die ja nicht zuletzt ein soziales Problem, ein
lebendes Produkt solcher, heuchlerischer Gesellschaftsmoral ist.
Anklage und Tendenz lösen sich auf in Akkorde der Wehmut. Als
ob das Loub von allen Vätern siele...
So klingt die Dichtung im Schnee der Entfugung aus, Müßig-

ereignisse, die an der Hand des Dichters den Blick in Seelen-
schädte öffnen. Die trübselige Alternde, die Liebe und Ehe in
hohen Angst und trüber Verunsicherung nur die Außenstehende,
im Hause ihrer spießig verheirateten Schwester rumstren sah, wird
wunschlos. In einem letzten rasenden Juden Kammer sie sich
an den achtzehnjährigen Schwestersohn, den sie mehr als die
Mutter von erster Jugend an häutete und hegte. Der schüttelt sie
mit Ekel ab. Ein Nervenzieber befiel sie. Dann geht sie durch
die Qual ungestillten Verlangens auf den silbernen Feldern des
Abends an allen Herzen vorbei — Blustille, Gottesfriede...
Das Drama Laußners bleibt ein Wagnis. Zwei für die
Bühne heiße Probleme, Ruderität und legitimaler Spätes Begehren
stehen aufeinander. Aber alle Widersprüche der Erscheinung sind
in diesem Stück künstlerisch behoben, ohne Verunsicherung, durch reif-
lose Ehrlichkeit. Fühlen und Denken kreist um das Geschlecht-
liche, will Geist und Seele werden. Es wird sehr klug und poetisch
geredet, die Buchausgabe (Verlag Erich Reich, Berlin) bringt auch
noch einen epischen Vor- und Nachklang, und das Ganze rundet
sich mehr zu einem Seelengemälde als zu einem Drama im üb-
lichen Sinne. Kunst und Musik der Worte sind ihm eigen, doch
klingt es auch von Marterland, Strindberg, Weckend hinein, ja
auch von Romain Rollands „Liebe, die stirbt und in andern
Armen neu wächst.“

Die Aufführung war ganz auf den intimen Ton gestimmt
und gehört mit den expressivsten bedeutenden Szenenbildern
Cesar Kleins zu den besten der Barnowsky-Bühne. Ina Grün-
ning, nur in der Erscheinung schon von Anfang an allzu abge-
kürzt umfrieht, war auch in den geschwächten Momenten als
Tante Christa ein Menschenbild, so tief beschwärt, daß man es nie
vergibt. Centa Bré ist ganz die weltlich-herliche Mutter ohne
Herz und Augen für den heranwachsenden Sohn. Den gibt Curt
Wespe man in der Gestalt in dem kaspischen Döusungertum des
halthüchigen Bräutigams. Hans Fischer ist in ergöggender Behag-
lichkeit mit einem Stich ins Verkomme der spießbürgerlich
berkapelte Obermann, aber kein Nervenzug. In der sehr gut in
traumhaften Dämmer gefälligen Szene der am Krankenbett ver-
hüllenden sexuellen Maske der „alten Jungfern“ fiel Ger-
mine Strahmann-Witt durch eigene starke Töne auf.
Rosa Hart war kindhaft echt in der zitternden Szene erster
Verliebtheit und Verführung. Auch alle anderen Mitwirkenden
erfüllen ihre Rollen ganz und zwangen das Publikum in den
Dann der Dichtung. Der Abend bleibt ein Gewinn, auch wenn
der äußere Erfolg nicht laut und lange töhrt. E. B.

Die „Wolff“-Stube des Obersten Reinhardt gibt der „Freiheit“ und den anderen Radikalen für die nächsten Wochen abermals frischen, vom allerbesten Qualitätstoff in die Hand. Und warum ist das alles möglich? Weil dem Reichswehrminister noch immer die Energie fehlt, widerstandsfähigen Führern abzu sagen; auch der „Ball“ Reinhardt ist eingeschlossen, und nicht damit darauf hin, daß er sich einmal bei dieser Gelegenheit bewähren werden würde, wer stärker ist: Roske oder ein Oberst, der in Wolffs Stube ein Bild erblüht. Der „Vorwärts“ will erfahren haben, daß Oberst Reinhardt in einer Vernehmung „ein gang erhebliches Geständnis“ abgelegt habe. Wenn dies zutrifft und der Oberst dennoch als Führer in unserer Truppe verbleibt, dann wissen wir nicht, wen wir mehr bedauern sollen: Herrn Roske, seiner Muskelstärke wegen, oder die Nationalversammlung, die diese Zustände duldet.

Die Furcht vor der Verantwortung.

Wie in ihrer Mehrheit aus Rechtssozialisten gebildete Regierung hat der Nationalversammlung Steuerentwürfen unterbreitet, in denen der Besitz sehr schönend, dagegen der Verbrauch der Massen des Volkes so stark belastet werden soll, daß eine sprunghafte Steigerung der Preise aller Waren unausbleiblich erscheint. Um zu vermeiden, daß sie damit allen Grundätzen des Erfurter Programms widersprechen, und eine ungeheure Belastung der minderbemittelten Bevölkerung gutheißen, führt die rechtssozialistische Fraktion eine Komödie auf, die den Eindruck erwecken soll, als wenn die Fraktion für diese Vorlage der Regierung nicht verantwortlich sei.

Wie wir neulich bereits mitteilten, haben deshalb die Rechtssozialisten bei der Beratung des Umsatzsteuergesetzes den Antrag gestellt, sie bis nach der Erledigung der direkten Steuern zu vertagen. Dieser Antrag war gestellt in der Erwartung, daß die bürgerlichen Parteien ihn ablehnen würden, so daß die Rechtssozialisten Gelegenheit gehabt hätten, den Eindruck zu erwecken, daß sie für dieses Gesetz und seine ungeheuerlichen Wirkungen keine Verantwortung tragen. Aber die bürgerlichen Parteien waren schlauer als die Rechtssozialisten. Nachdem Erzberger erklärt hatte, daß der rechtssozialistische Antrag für die Regierung unannehmbar sei, und sie die Konsequenzen daraus ziehen würde, erklärte die bürgerlichen Parteien, sie würden sich bei der Abstimmung dieses Antrages der Stimme enthalten. Da dadurch der Antrag angenommen worden wäre, beantragten die Rechtssozialisten in ihrer Verlegenheit Vertagung der Angelegenheit. Aber auch diesen Antrag auf Vertagung haben sie inzwischen zurückgezogen, so daß die Beratung der Umsatzsteuervorlage wieder begonnen hat, trotzdem die direkten Steuern noch nicht erledigt sind.

So endete dieses Täuschungsmanöver der Rechtssozialisten so kläglich, daß den Rechtssozialisten nichts anderes übrig bleibt, als die Umsatzsteuer nach dem Diktat der bürgerlichen zu erledigen.

Rechtssozialistische Schmerzenskinder.

In der sogenannten Sozialistischen Korrespondenz des Herrn Heilmann lesen wir folgenden Klageruf:

Die „Dachbedeckung“ schreibt unter der liebenswürdigen Überschrift „Politische Axtentendeckung“ eine gefällige Glosse darüber, daß Oberst auf seiner jüngsten Reise vom Wehrminister Roske begleitet war und nicht vom Arbeitsminister Schlieke oder vom Wirtschaftsminister Schmidt. „Wütend“ und andere Gewerkschaftsblätter drucken das nach. Der Aufsatz ist ungewöhnlich geistlos; denn die Reise galt der Übernahme der einzelstaatlichen Heereskontingente in Reichsverwaltung, und dazu mußte man eben den Wehrminister mitnehmen, Kasernen besuchen usw.

Was soll man aber dazu sagen, daß die sozialdemokratischen Instanzen in Mecklenburg-Streitig abgelehnt haben, den Reichswehrminister zu empfangen, weil sie ihn nicht als Mitglied der Sozialdemokratie erkannten. Denselben Reichswehrminister, dem die höchste Instanz der Partei, der Parteivorstand, ihr Vertrauen deutlich kundgetan hat! Da muß der Parteivorstand nach dem

„Nju“.

Von Ossip Dymow*)

Eine Reueinstudierung in den Kammerstücken des Deutschen Theaters. „Eine Alltagskomödie“ — steht es auf dem Theaterzettel. Eine Alltagskomödie ist es in der Tat, was in den vorübergehenden Wüsten sichtbar wird oder in kaum sichtbaren Strichen angebeutet wird. Eine kleine Frau, die sechs Jahre lang in der Ehe hindämmert, bis die Liebe zum Dichter von ihr Besitz ergreift und ihre Seele weckt. Ihr Gatte, ein Gemisch von Krottel und Hausknecht und doch erschütternd in seiner leidenden und vergehenden Menschlichkeit. Der Dichter, auf der Suche nach seelischen Sensationen, liebebegehrend, doch keine wahre Liebe spendend, weil auch die Liebe ihm nur Pose geworden ist. Zwischen diesen beiden Männern verkehrt sich die zum Bewußtsein ihres Selbst gelangte Nju, bis sie mit raschem Entschluß ihr Leben hinwirft.

Gut war Johanna Terwin als Nju. Weniger befriedigte Moissi in der Rolle des Dichters, Werner Krauß als Gatte bot teilweise eine ausgezeichnete Leistung. Das Publikum hatte für die Heldenrollen des Stückes, das allerdings zum Schluß stark nachläßt, anscheinend wenig Verständnis. A. S.

*) Die Buchausgabe des Stückes ist im Verlag J. Biedschneiders, B. 60, erschienen.

In dem Theater „Die Tribüne“ findet Sonntag, den 29. Sept., vormittags 11½ Uhr, eine der politischen Dichtung dieser Zeit gewidmete Veranstaltung statt. Rudolf Leonhard spricht über politische Dichtung, Roma Bahn, Feig Jesner und Friedrichs Martin lesen Gedichte und Prosastücke von Johannes K. Becker, Ivan Goll, Walter Hasenclever, Axel Hilfer, Rudolf Leonhard, Axel Otten, Ludwig Plüddemann.

Arthur Schnitzers neues Lustspiel „Die Schwestern über Casanova in Spa“, hat im November im „Deutschen Theater“ die Uraufführung.

Frau Hermann Effig, die Witwe des Dichters, hat von der Gesellschaft „Junges Deutschland“ eine Ehrennadel von launlich erhalten.

Am Sonntag, den 8. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im Wälder-Saal das 1. Sonntag-Konzert des Wälder-Orchesters statt. Dirigent: Paul Scheinplag. Solist: Konstantin Nikolajewitsch Kowalew.

Rechten stehen und dafür sorgen, daß so able Elemente, wie der Hans Leuz und der Wälderjäger Freiherr v. Reibitz nicht länger die Parteigenossen im Lande zu undisziplinierten Gemeinheiten gegen die Vertrauensleute der Gesamtpartei verführen. Mögen sich die Leuz und Reibitz zu den Unabhängigen schließen — wir haben auf die Parteigehörigkeit solcher Leute so wie nie Wert gesetzt.

Wir finden den Instanzenweg, den Herr Heilmann zur Säuberung der rechtssozialistischen Partei von kritischen Elementen vorschlägt, viel zu langwierig. Wie wäre es mit einem kleinen Streikzug nach Mecklenburg, von Roske veranstaltet? Der hat doch Übung darin, rasch durchzugreifen und „Ordnung“ zu schaffen.

Der Streik in der Metallindustrie.

Die Streiklage.

Im allgemeinen ist die Streiklage unverändert. Im Bereiche der Streikleitung melden sich fortgesetzt weitere Arbeitergruppen und Betriebe, die die Teilnahme am Streik beschlossen haben. Auch der Streik der Maschinen- und Geiger, der bisher auf die Siemenswerke beschränkt ist, dürfte sich auf weitere Betriebe ausdehnen. Von einem Abflauen der Stimmung der Kämpfenden, von dem bürgerlichen Blätter irreführend schwächen, ist nichts zu spüren. Die wachsende Ausdehnung des Streiks zeigt, daß die Arbeiter von ruhiger Zuversicht erfüllt sind. Die Bewegung befindet sich durchaus auf der aufsteigenden Linie und die Arbeiterschaft ist sich der Bedeutung und der Tragweite des Kampfes vollkommen bewußt.

Die Kraftprobe der Unternehmer.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich von „einer gut informierten Persönlichkeit“ des Arbeitgeberverbandes erzählen, daß sich der „diesmalige Streik zu einer Kraftprobe erster Ordnung auswachsen wird“. Die Bewegung sei in ihrem gegenwärtigen Stadium nur der „Anfang einer umfangreichen Aktion“. Da die Metallarbeiterorganisation ihre Pläne kaum den „Persönlichkeiten des Arbeitgeberverbandes“ mitteilen dürfte, kann der Gewährsmann des „B. T.“ keine Kenntnisse über die Zukunft der Bewegung nur aus den Absichten des Unternehmerverbandes ableiten, die danach noch sehr weitgehend sein dürften.

Charakteristisch ist es, daß die weiteren Darstellungen der „gut informierten Persönlichkeit“ mit keinem Wort die Frage berühren, wie der Konflikt beigelegt werden könnte. Dagegen verbrennen sie sich ausführlich mit angeblichen „Kämpfen“ innerhalb des Metallarbeiterverbandes, „die mit ziemlicher Gewißheit zu einer Spaltung im Verbande führen müssen“. Die Bewegung sei „gegen den Willen der Mehrheit“ der Arbeiter unternommen worden und diese Mehrheit sei nun ergrimmt auf die Leitung. Diese fühle „den Boden unter ihren Füßen schwanken“ und kämpfe verzweifelt um ihre Position.

So falsch diese Behauptungen der gut informierten Persönlichkeit sind, so treffend spiegeln sie die Hoffnungen und Wünsche der Unternehmer wieder und so deutlich kennzeichnen sie das Ziel ihrer Taktik. Die Niederlage der Metallarbeiter, die sie erstreben, soll die radikale Leitung in Mißkredit bringen und so zu einer Niederlage der ganzen, den Unternehmern überaus unbequemen Richtung werden. Das ist der Zweck der Kraftprobe, zu der die Unternehmer die Bewegung auszuwachen lassen möchten. Die gesamte Arbeiterschaft mag sich das merken und ihre Haltung zur Bewegung der Metallarbeiter danach bestimmen.

Der Arbeitgeberverband sollte die Persönlichkeiten aus seiner Mitte besser am Faden halten, damit sie seine Pläne nicht vorgeiligt verkünden.

Zur sachlichen Nichtigstellung der Darstellung im „B. T.“ sei noch bemerkt, daß eine Generalversammlung, die nach den Behauptungen des „gut informierten“ Mannes in der nächsten Woche stattfinden soll, nicht geplant ist. Eine solche erübrigt sich, da die große Mehrheit der Metallarbeiter aller Richtungen die Leitung der Bewegung in die Hand der Fünfzehnerkommission gelegt hat.

Aus den Siemenswerken.

Der Vorstand der Siemenswerke berief am Freitag den geschäftsführenden Ausschuss der Arbeiterauschüsse und machte ihnen folgende Mitteilung:

Die Geiger haben die Arbeit gestern abend niedergelegt. Da Strom und Dampf für die Werke daher nicht mehr zur Verfügung steht, kann die Arbeiterschaft nicht weiterbeschäftigt werden. Der Vorstand ist der Ansicht, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter nicht in den Streik treten möchte; Abstimmungen haben nicht stattgefunden. Der Vorstand hält es für seine Pflicht, die Arbeitsmöglichkeit aufrecht zu erhalten, und fragt daher, daß versucht werden soll, durch Veranlassung der „technischen Nothilfe“, welche bereits auf Betreiben der Einwohnerschaft von Siemensstadt, die seit gestern abend ohne Licht ist, dieserhalb angefragt hat, das Kraftwerk wieder in Gang zu setzen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Arbeiter erklärte darauf die folgende Antwort:

Der geschäftsführende Ausschuss der Arbeiterträte steht auf dem Standpunkt, daß die Nichtbewilligung der berechtigten Forderungen die Ursache der Katastrophe ist. Er fordert die Erfüllung der Forderungen und protestiert gegen die Einstellung von Streikbrechern im Kraftwerk. Das Verhalten der Arbeiterschaft richtet sich nach den Beschlüssen der Arbeitnehmerorganisationen.

Ferner verurteilt die Betriebsleitung der Siemenswerke, die Arbeiterschaft zum Ausbleiben zu bewegen, da die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung infolge des Streiks der Maschinen- und Geiger nicht gegeben sei, ein Ansinnen, das von den Arbeitern der Werke ebenfalls abgelehnt wurde.

Die Herren hätten sich diese Bemühungen ersparen können, falls sie damit nicht lediglich den Zweck verfolgt haben, sich über die Stimmung der Arbeiterschaft zuverläßig zu unterrichten, die ihnen nicht bekannt gewesen zu sein scheint.

In der französischen Kammer beschwerte sich der sozialistische Abgeordnete Brade darüber, daß man in Frankreich keine deutschen Bücher kaufen könne. Der Minister des Inneren wies an, antwortete darauf, die Handelsbeziehungen seien wohl mit Deutschland reich, aber nicht mit Deutschland aufgenommen worden.

Der Streit der Seeleute.

Der Streit der im Deutschen Seemannsbund organisierten Seeleute gibt der gesamten bürgerlichen Presse eine neue erwünschte Gelegenheit, gegen die Arbeiterschaft in der unbedürftigsten Weise zu hetzen. Die Tatsache, daß der Transportarbeiterverband, Abteilung Seeleute, unter Führung des Herrn Paul Müller, gegen den Streik Propaganda macht und seine Mitglieder offen zum Streikbruch auffordert, erleichtert den Klassenfeinden des Proletariats dieses Handwerk erheblich und gibt ihrem Treiben eine Art von Berechtigung, die für die Leiter des Transportarbeiterverbandes doch ein Zeichen sein sollte, daß sie sich mit ihrer Taktik auf völlig falschem Wege befinden.

Die Folge des Zwistes der in den beiden Verbänden getrennt organisierten Seeleute untereinander ist, daß z. B. nach einer Wolff-Meldung die Bremer Reeder bereits beschlossen haben, in Zukunft keine dem Seemannsbund angehörenden Seeleute anzumustern. Eine andere Meldung aus Bremen besagt, daß die Reeder bereits mit der Einstellung von freiwilligen Hilfskräften aus allen Kreisen der Bevölkerung begonnen haben, weil der Transportarbeiterverband den Streik ablehnt und in der Einstellung von freiwilligen Hilfskräften keine Provokation erblickt. In Stettin geht man mit Hilfe der Einwohnerwehren gegen die Streikenden vor.

Wie die Dinge liegen, fehlt jedoch dem Transportarbeiterverband jedes Recht zu einer solchen Einmischung in die Bewegung. Die Seeleute sind der Meinung, daß die eigenartig gelagerten Verhältnisse des Seemannsberufes eine besondere Organisation der Seeleute notwendig machen. Sie müßten die Erfahrung machen, daß die als Sektion des Transportarbeiterverbandes organisierten Seeleute innerhalb des Verbandes nicht in der Lage waren, ihre besonderen Interessen mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Daß dies nicht nur die Auffassung „einer Geier“ ist, beweist die Tatsache, daß drei Viertel aller organisierten Seeleute dem Seemannsbund angehören. Daraus geht hervor, daß die Mehrheit der Seeleute den Seemannsbund als die maßgebende Organisation für ihren Beruf anerkennt.

In Bremen ist nun durch einen plötzlichen eintretenden Konflikt der Kampf ausgebrochen. Die Ursachen für die schnelle Ausdehnung der Bewegung über eine große Reihe von Hafenstädten wurde durch den Bremer Zwischenfall nicht zu erklären. Sie sind in Wirklichkeit darin zu suchen, daß der Seemannsbund Forderungen an die Reedereien gestellt hatte, die bereits vor sechs Wochen beantwortet werden sollten. Aber weder von den Reedereien noch von der Regierung, die durch den Seemannsbund von der Forderung der Forderungen in Kenntnis gesetzt worden ist, ist inzwischen auch nur das geringste geschehen, um die notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Seeleute vorzunehmen oder mindestens Verhandlungen mit der Organisation anzubahnen. Nach dem alten, vom Transportarbeiterverband abgeschlossenen Tarif haben die Seeleute auch heute noch einen Anspruch auf nur 220 M. pro Monat, bei einer Arbeitszeit, die acht Stunden erheblich übersteigt. Die Seeleute fordern nun eine Löhnung von 150 bis 700 Mark pro Monat, je nach der Qualifikation des Arbeiters, und ferner die Durchsetzung eines Rotgesetzes als zeitgemäßen Ersatz für die immer noch bestehende Seemannsordnung, die die persönliche Freiheit der Seeleute beschränkt und das Streik- und Koalitionsrecht stark behindert. Den in Bremen ausgebrochenen Konflikt haben die Seeleute zum Anlaß genommen, um in dem offenen Kampf für diese Forderungen einzutreten.

Es handelt sich also auch hier um einen rein wirtschaftlichen Streit. Und es ist eine widerliche Verleumdung, wenn die „Berliner Börsen-Zeitung“ behauptet, daß „politische Drahtzieher“ durch diesen Streit „die Lebensmittelversorgung Deutschlands lahmzulegen“ versuchen, „um dann im Dunklen ihre politischen Tendenzen zu verwirklichen“. Es ist ein betrieblisches Schauspiel, daß dieses bössartige aller Schornacherblätter sich auf eine Arbeiterorganisation, nämlich auf den Transportarbeiterverband, berufen kann, um diese Verleumdung zu begründen.

Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß der Transportarbeiterverband noch im letzten Augenblick die wirkliche Situation erkennt und es aufgibt, den Seeleuten das Recht streitig zu machen, ihre Organisationsform selbst zu bestimmen und ihre Lohnkämpfe nach eigenem Ermessen durch diese Organisation führen zu lassen. Tut er das nicht, dann muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß durch seine Schuld ein durchaus berechtigter Lohnkampf gefährdet oder gar zum Scheitern gebracht und eine große und wichtige Arbeiterschaft der schlimmsten Ausbeutung auch für die fernere Zeit ausgeliefert ist.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen!

Die Schlichtungskommission beruft auf Sonntag zwei Versammlungen der Steinseher und Kammer ein, die sich mit Tarif- und Bilanzangelegenheiten beschäftigen sollen. Um sich eine willige Mehrheit in den Versammlungen zu sichern, hat die Schlichtungskommission im Verein mit dem alten Vorstand Handzettel nur ihren Anhängern zugestellt und diese Handzettel als Legitimation für den Besuch der Versammlungen bezeichnet. Dadurch hofft man, die oppositionellen Kollegen von den Versammlungen fernhalten zu können.

Dieses unanständige Spiel muß durchkreuzt werden. Alle Kollegen müssen morgen in den Versammlungen erscheinen! Als Legitimation ist das Verbandsbuch mitzubringen, auf das Handzettel gar nicht zu achten. Die Versammlungen finden statt: für Steinseher, am Sonntag, den 28. September, vormittags 10 Uhr, bei Krangel, Kleine Auguststraße 14 (Logen-Restaurant); für Kammer, am selben Sonntag, nachmittags 4½ Uhr, in den Sophienböden, Sophienstr. 17 (Sänger-Saal, 111). Die Stübner-Kommission, J. A.: Sibura.

Bei der Schneiderer- und Schließelgesellschaft sind die Verhandlungen, welche zum Abschluß eines Tarifvertrages führen sollten, abgebrochen worden. Die Wälder und Wälderinnen, welche radikal organisiert sind, sind gewillt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Der Streik der Wälder bei der Wälder-

